

Sekretär von Faith and Order, L. Visser, sagte in der Sache expliziter dasselbe. Er stellte mit Befriedigung fest, aus der ursprünglich „vielleicht“ als Höflichkeitsvisite konzipierten Geste sei ein Besuch christlicher Brüderlichkeit geworden. Die Hervorhebung des petrinischen Anspruchs „an dieser Stelle“ habe allerdings „manchen überrascht und einige verstimmt“. Aber es sei vermutlich aufrichtiger gewesen, daß der Papst in Genf nicht anders sprach als in Rom. Im übrigen stünden auch die Kirchen, die das Papstamt ablehnen, vor der Notwendigkeit zu klären, „wie sich die Kirche Christi auf der universa-

len Ebene manifestieren soll“ (epd, 12. 6. 69). Der Präsident des Luthertischen Weltbundes, F. A. Schiötz, hatte eine wohl sehr ähnliche Nutzanwendung im Sinn. Der Petrus Hinweis des Papstes habe „einen sehr wichtigen exegetischen Punkt“ für die Tagesordnung zukünftiger Gespräche aufgezeigt, obwohl es bis zu einem solchen Gespräch noch ein gutes Stück Weg sei. Zur Beitrittsfrage meinte Schiötz, der Papst sei jedenfalls bemüht gewesen, nicht den Eindruck zu erwecken, „als schließe er die Tür für das, was Christus in den kommenden Jahren herbeiführen mag“.

in einer sich wandelnden Welt) — wie eines der Konferenzdokumente heißt — projiziert hat. Jede sozial-ethische Frage führt auf das eine Grundproblem zurück: was ist der Mensch als Ausgang und Ziel des gesellschaftlichen Lebens? Ziel der Studienarbeiten ist eine gegenüber dem bisher vorherrschenden pragmatischen Element mehr systematische Grundlegung der ökumenischen Sozialethik. Die Vollversammlung in Uppsala hat gezeigt, daß der Ruf nach verstärkter katholischer Beteiligung und die entsprechende Bereitschaft auf der Seite des Adressaten so deutlich sind wie kaum zuvor. Die katholische Mitarbeit vollzieht sich bereits in mehreren Organen des Ökumenischen Rates. Sie hat gerade in der Zusammenarbeit in gesellschaftlichen Fragen eine fruchtbare Entwicklung genommen.

Mönchengladbacher Tagung über ökumenische Sozialethik

„Das Humanum und die christliche Sozialethik“ — unter diesem Thema stand eine interkonfessionelle Studententagung (30. bis 31. Mai 1969), durchgeführt in Mönchengladbach von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle und vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche im Rheinland. Eingeladen waren die evangelischen und katholischen wissenschaftlichen Vertreter der christlichen Sozialethik aus der Bundesrepublik, aus Österreich und der Schweiz. Es handelte sich um die erste größere Begegnung dieser Art.

Der Entwicklungshintergrund

Zum Hintergrund dieses Gesprächs gehören folgende Tatsachen. Die ökumenische Sozialethik ist dasjenige Gebiet, auf dem die Weltkirchenkonferenzen die größten Fortschritte verzeichnen konnten. Sie ist in einem ganz besonderen Sinn *Kontextethik*, d. h. an konkreten Fragen der Gesellschaft entwickelte Ethik. Diejenigen sozialethischen Fragen, die in den Dokumenten der Vollversammlungen und dazwischen liegender Konferenzen besondere Aufmerksamkeit finden, sind: Menschenrechte, Religionsfreiheit, Nationalismus, Rassismus, internationale Friedensordnung, Entwicklungshilfe, Probleme des raschen sozialen Umbruchs und der „Revolution“ in der Dritten Welt, Demokratie usw. Gleichzeitig ist man um gewisse *Leitbegriffe* bemüht. Der bekannteste dieser Leitbegriffe ist derjenige der „verant-

wortlichen Gesellschaft“ (responsible society), geprägt auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam (1948). Danach soll alle Macht in Staat und Wirtschaft durch Gesetz und Tradition verantwortlich gemacht und soweit wie möglich auf die ganze Gesellschaft verteilt werden. Die Maxime „verantwortliche Gesellschaft“ offenbart exemplarisch, wie sehr ökumenische Sozialethik eine Ethik der „mittleren Axiome“, d. h. einer bestimmten geschichtlichen Situation und eines jeweils bestimmten Problemkreises ist. Sie strebt eine mittlere Abstraktionshöhe an, konkret genug für eine Aktion, abstrakt genug für eine gewisse Stabilität im Wandel der Zeit. Sie richtet sich nicht an den spekulativen, sondern an den handelnden Menschen. Sie ist in erster Linie Aktionsethik. W. Visser 't Hooft erklärte 1948 in Amsterdam, „ökumenische Kirche“ ist da, „wo wir als einander verbundene Glieder handeln“. Es geht dabei mehr um das Haben gemeinsamer Wertüberzeugungen, weniger um das von den theologischen Schulen sowie von den Konfessionen unterschiedlich beantwortete Woher (man denke an das Naturrechtsproblem).

In der Weiterentwicklung dieser Aktionsethik stellte die letzte Weltkirchenkonferenz in Uppsala (1968) eine wichtige Etappe dar. Ihr wichtigstes sozialethisches Ergebnis liegt in der Entschlossenheit, mit der man für die nächsten Jahre „Koordinierte Studienarbeiten über den Menschen“ (über das „Humanum“

Systematisch christologische Fundierung möglich?

Die Begegnung der deutschsprachigen evangelischen und katholischen Sozialethiker in Mönchengladbach fand so gesehen unter einem besonders günstigen Vorzeichen statt. Prof. A. Rich (Zürich) ging in seinem einleitenden Referat „Das Humanum als Leitbegriff künftiger ökumenischer Sozialethik?“ von einer *christologischen* Bestimmung des Humanum aus. Das christologisch orientierte Fragen nach dem Humanum setzt an der „unaufgebbaren Substanz des christlichen Glaubens (an), daß Jesus Christus ‚vere deus, vere homo‘ ist“. Da Christus als „letzter Adam“ (1 Kor. 15, 45) nur in der eschatologischen Dimension begriffen werden kann, also nur als „Mensch, der erst noch kommt und mithin im Werden“ steht, ist es nicht möglich, zu „fixierbaren“ oder „dogmatisierten Antworten über das ‚Humanum‘“ zu gelangen.

Dennoch gibt es christologische „Anhaltspunkte für ein Konzept des Menschlichen“: Der Mensch ist Gottes Geschöpf, steht als solches in der Hoffnung auf das noch kommende Reich Gottes und ist dem Anspruch dieses Reiches in seinem Tun schon jetzt, antizipatorisch unterworfen. Die Liebe ist der alles überragende „Imperativ des ‚Humanum‘“. Sie hat nicht nur mit der „Sphäre des Gefühls“, sondern auch mit den Strukturen und Ordnungsfragen der Gesellschaft zu tun. Liebe in der Gestalt der Mitmenschlichkeit bedeutet da-

nach, in der Gestaltung der modernen Gesellschaft das Element der „Partizipation“ zu stärken. Nach diesem Konzept gelangte Rich zu ganz konkreten Antworten auf Fragen der Gegenwartsgesellschaft, so etwa zu einer positiven Stellung zum Problem der „qualifizierten Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ im Unternehmen. Der in der Beziehung zwischen Gott und Mensch angelegte *dialogische Charakter des Humanum* ist Ansatzpunkt für den Dialog mit der Welt, für die Kooperation mit Christen und Nichtchristen, wo immer das Humane „den eigenen Kriterien des Menschlichen entspricht und für die Bewältigung der Zukunft hilfreich ist“.

Die Diskussion zeigte, wie umstritten im Grunde genommen jeder Versuch einer *systematischen* theologischen Fundierung der christlichen Ethik heute noch ist. So wurde Richs christologischer Ansatz als Konzept im Sinne Karl Barths, d. h. eben nur einer spezifischen Theologischen Schule kritisiert. Es wurde bezweifelt, ob das Humanum überhaupt christologisch begründet werden könne, denn Christi Menschheit sei im Hinblick auf seine Gottheit nicht unsere Menschheit. Auch aus der Tatsache, daß Christus stellvertretend für die Menschheit gewirkt habe, könne eine ontologische Identität nicht gefolgert werden. Nicht an der Menschheit Christi sei unsere Menschheit ablesbar, denn wir seien nicht Christus; vielmehr biete sich nur insoweit die Möglichkeit, eine theologische Anthropologie zu entwickeln, wie wir uns durch das Wort des Evangelium und das Gesetz im Urteil Gottes erkennen.

Der zweite Einwand gegen Rich war in Zweifeln darüber begründet, ob aus dem Imperativ der christlichen Liebe tatsächlich *Maßstäbe* für die ethische Qualität und Relevanz gesellschaftlicher Ordnungsstrukturen gewonnen werden können. Schließlich wurde gefragt, wie das christologische Konzept Stellung zum Humanen beziehen kann, wo ihm dasselbe außerhalb des christlichen Glaubens und der christlichen Liebe begegne, inwiefern es also wirklich dialog- und konsensusfähig mit der nicht-christlichen Welt, mit dem säkular begründeten und begründbaren Humanum sei. Auch vermöge Richs christologisches Konzept die Gefahren eines anthropologischen Dualismus nicht auszuschließen, da in ihm der

Mensch in eine unüberbrückbare Spannung zwischen Natur- und Erlösungsordnung gerate.

In seinen Ausführungen über „Ansatz und Tragweite des ‚Christlichen‘ in der christlichen Sozialethik“ ging es *A. Rauscher SJ* (Mönchengladbach) um den Nachweis, daß von christlicher Sozialethik nur dort gesprochen werden kann, wo einerseits die relative Eigenständigkeit der Kultursachbereiche respektiert und andererseits nicht von einem Dualismus zwischen Natur- und Erlösungsordnung ausgegangen wird. Indem das Wort Gottes die menschliche Natur annahm, sind Schöpfungs- und Erlösungsordnung in eine untrennbare Einheit getreten, ist die Heilsbotschaft auch auf die gesellschaftlichen Strukturen als den Ort christlicher Daseinsverwirklichung gerichtet. Die anschließende Diskussion um das *spezifisch Christliche* in der christlichen Sozialethik gegenüber dem säkularen Humanismus erbrachte Einigkeit darüber, daß, wie immer wieder gesagt wurde, das „Christliche auch aus dem säkularen Raum auf die Christen zukomme“. Als Beispiel wurden etwa die Menschenrechte genannt, die von säkularen Bewegungen den Kirchen als sozial-ethische Aufgabe präsentiert worden seien.

Ethik zwischen Theologie und Politik

Prof. *T. Rendtorff*, München („Politische Ethik oder Politische Theologie? Der christliche Anspruch im Bereich des Politischen“), unterschied mit Nachdruck „Politische Theologie“ im kirchlichen, dogmatischen, d. h. vor allem exklusiven Sinn, die auf eine dem offenen Prozeß des Politischen widersprechende Eindeutigkeit der Handlungssituation ziele, von politischer Ethik. „Politische Ethik . . . fungiert als die kritische Thematisierung derjenigen allgemeinen Grundlagen und Ziele des Politischen, an denen jedermann kraft seiner politischen Existenz ein Mitspracherecht hat und deren Verwirklichung daran gebunden ist, daß über diese Grundlagen und Ziele Übereinkunft erzielt werden kann. *Die Ethik ist die konkrete Gestalt der Vermittlung von Theologie und Politik.*“ Damit verbunden sei die Unterscheidung von Kirchlichkeit und Christlichkeit. „Sowie das Christliche in unserer Welt nicht

mehr alleine das Monopol der Kirche darstellt, sondern eine höhere Allgemeinheit erlangt hat, so ist die Ethik nach Auflösung des dogmatischen Zeitalters des Christentums zum Medium einer neuen Allgemeinheit in der Verständigung über die substantiellen Gehalte des Christentums wie des Humanen geworden.“ Rendtorff sieht damit die größten Chancen des Christlichen im Hinblick auf sein Wirken auf Weltebene nicht in seiner „kirchlichen“ und dogmatischen, sondern in seiner ethischen Komponente: „Die Ökumenizität christlicher Ethik . . . legt Zeugnis davon ab, daß das Christentum in sein ethisches und damit sein weltgeschichtliches Zeitalter eingetreten ist.“ Im übrigen rangiert unter dem Gesichtspunkt des Humanum politische Ethik vor politischer Theologie im Sinne eines kirchlichen Anspruchs. Von dieser Ethik wurde gesagt: „Nicht die Durchsetzung theologischer oder kirchlicher Ansprüche ist deren primäres Interesse, sondern die Bewahrung und Verwirklichung des Humanum in der Perspektive des Christentums. Als politische ist sie durchgehend auf Kommunikation angelegt, in der die grundlegenden Kriterien des Christlichen in lebensdienlicher Praxis sich entfalten lassen.“ Die Verantwortung für das Humanum habe einen höheren Rang als die Mission und sei dieser darum überzuordnen.

Die Teilnehmer richteten an Rendtorff die Frage, ob man „christliche“ Ethik ohne Verbindung mit der Kirche treiben könne, ob nicht die Verbindung mit der Kirche als Institution größere Chancen biete, Ethik möglichst ideologiefrei anzugehen. Einen Schwerpunkt fand die Diskussion in der Anerkennung der schon zitierten These Rendtorffs, daß das Christliche auf die christliche Sozialethik auch aus dem säkularen Raum zukomme und hierin ein wichtiges Element in ihrer kommunikativen, menschheitlichen Rolle zu sehen ist. Prof. *R. F. Behrendt*, Berlin („Lebensformen und Wertsysteme in der Industriegesellschaft als Frage an die Sozialethik“), erläuterte, als Soziologe könne er nur eine formale Bestimmung des Humanen geben: Human ist danach, was menschliches Leben bereichert, und zwar in einem pluralistischen Sinn. Bereichernd ist das, was nach Überzeugung der Menschen eine Steigerung darstellt. Gefahren seien vor allem darin zu

sehen, daß der moderne Mensch zum Monolog neige, d. h. zuwenig *kommunikative* Fähigkeiten entfalte. Gegenüber früheren Epochen weise er ein „ethisches Defizit“ insofern auf, als seine diesbezügliche „Lernfähigkeit“ hinter den steigenden, von der modernen Wissenschaft und Technik gebotenen Machtchancen für oder gegen die Humanität zurückbleibe. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Frage, welche Kriterien der Redner für die Frage, was „bereichernd“ sei, zu bieten habe. Der so Angesprochene gab sie an die christliche Sozialethik zurück. Das in diesem Zusammenhang erneut einsetzende Bemühen um das spezifisch Christliche wurde als mehr „akademisch“ bezeichnet, da sich die Christen selbst in einer „Identitätskrise“ befinden.

Induktive Ethik

Prof. J. Messner, Wien („Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit sozialetischer Normen“), überraschte viele Tagungsteilnehmer durch eine betont *induktive*, an den Erfahrungs- und säkularen Humanwissenschaften orientierte Anthropologie und Ethik, die eine lange christliche Tradition auf den heutigen Frage- und Erkenntnisstand in engsten Dialog mit der Welt von heute zu bringen bestrebt war. Aus zeitlichen Gründen kam es zu keiner eigentlichen Diskussion des Referates. Prof. M. Machovec, Prag („Das Humanum als Leitbild sozialistischer Gesellschaftsentwürfe“), plädierte für einen humanen Marxismus. In Marx müsse in erster Linie nicht der Ökonom, sondern der

Humanist gesehen werden. In diesem Sinn seien der alte und der junge Marx nicht im Gegensatz, sondern als Einheit zu betrachten. Machovec, dem es gelang, ein persönliches Zeugnis für einen rehumanisierten Marxismus abzulegen, konnte Fragen nach einer konkreten Ethik, nach einer konzisen politischen Theorie des neuen Marxismus, für den er eintrat, nur durch dieses persönliche Zeugnis beantworten.

Betrachtet man den Tagungsverlauf unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Situation der christlichen Sozialethik als ökumenischer Sozialethik, so ist nach dem eingangs über die Weltkirchenkonferenzen Gesagten ein „akademischer“ Überhang unverkennbar. Es wird notwendig sein, künftige Tagungen dieser Art mehr auf der Basis des auf den Weltkirchenkonferenzen und in ihren Dokumenten schon Erreichten durchzuführen, vor allem aber ihre Kenntnis vorauszusetzen. Eine breitere Auseinandersetzung der katholischen Sozialethiker jedenfalls des deutschsprachigen Raumes mit diesen Dokumenten hat gerade erst begonnen. Diese Auseinandersetzung ist also noch ohne Tradition. Eine Studientagung wie die beschriebene steht am Beginn einer Entwicklung, nicht der ökumenischen Sozialethik, wohl aber der wissenschaftlichen Kommunikation unterhalb der Ebenen des Ökumenischen Rates der Kirchen und seiner Organe. Eine solche Tagung kann zunächst mehr Impulse als „Ergebnisse“ zeitigen. Mehr und mehr aber durfte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß christliche Sozialethik eine Chance nur noch als ökumenische Sozialethik besitzt.

Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit

Vom 9. bis 13. Juni veranstaltete die Sozialabteilung des Bundesministeriums des Innern in Bergneustadt ein Seminar über „Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit“. Die Anregung dazu war von einem europäischen Erfahrungsaustausch zum gleichen Thema ausgegangen, der unter Leitung der Vereinten Nationen im Oktober 1968 in Arnoldshain stattgefunden hatte. Von den fast 80 Teilnehmern am Bergneustädter Gespräch waren je etwa ein Drittel Vertreter der staatlichen Sozialarbeit, der freien Wohlfahrtsverbände und der Publi-

zistik bzw. der Werbung. Der eigentliche Anlaß war die Erkenntnis der verantwortlichen Vertreter der Sozialarbeit in Deutschland gewesen, daß — wie in den meisten europäischen Ländern — das Verständnis der Öffentlichkeit für die Belange der Wohlfahrtspflege und der Sozialdienste zurückgegangen ist. Mangelnde Information seitens der Sozialarbeit habe bei den publizistischen Medien mangelndes Interesse bewirkt, dies wiederum habe die ungenügende Kenntnis der Probleme in der Öffentlichkeit zur Folge, was sich

schließlich verhängnisvoll auf Budgetberatungen in jenen Gremien auswirke, von denen die Förderung der Sozialarbeit abhängt. Viele überholte Vorstellungen, nach denen Sozialarbeit immer noch als Armenhilfe verstanden werde, müßten abgebaut werden. Jener Personenkreis, der Leistungen der Wohlfahrtspflege in Anspruch nehme (etwa eine Million in der BRD), sei „schichtenunabhängig“, der Bereich psychischer Erkrankungen und die Hilfe für behinderte Kinder machten dies besonders deutlich (so M. Grewe-Partsch, Hessischer Rundfunk). Selbst die Vertreter des Innenministeriums betonten, Sozialarbeit sei heute eine sich zunehmend spezialisierende, selbstverständliche „öffentliche Dienstleistung“. Sozialarbeiter und Publizisten müßten gemeinsam die Ursachen für die mangelnde Resonanz aufdecken und nach Wegen für eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit suchen. Das Referat des BASF-Werbeleiters A. Oeckl, Ludwigshafen, über „Public Relations als Methode“ und ihre Möglichkeiten in der Sozialarbeit diente der Information über das know-how, wobei deutlich zwischen Absatzwerbung und Werbung für soziale Belange unterschieden wurde. Insgesamt erfuhren die Journalisten auf diesem Seminar mehr über Probleme und Konflikte in und zwischen den verschiedenen Stellen und Verbänden. Das eigentliche „Wie“ der Öffentlichkeitsarbeit kam erst relativ spät in Diskussionsgruppen zur Sprache.

Grenzen eines Versorgungsstaats

Die sechs Vorträge und die Diskussionen warfen eine Fülle von Fragen und Problemstellungen auf, die weitgehend ohne gültige Lösung bleiben mußten. Die Thematisierung dieser Probleme steht noch zu sehr in den Anfängen. So war es wohl das Hauptanliegen des Seminars, die Diskussion dieser Fragen überhaupt in Gang zu bringen. Einige Kontroversen durchzogen den Gesamtverlauf der Tagung. Laut demoskopischer Erhebung befürworten zwei Drittel der Bundesdeutschen einen perfekten Versorgungsstaat (Dr. Geiger vom Allensbacher Institut). Welchen Sinn haben dann noch freie Wohlfahrtsverbände und private Initiativen? Manche Teilnehmer entwarfen eine vereinfachte Alternative vom Sozialstaat einerseits, der (statt